

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Ausstellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.

Redaktion: Am Spindhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelpreis: Die 8-seitige Zelle 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bei Tarif, die 3-seitige Reklamezelle 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Abnahme bis früh 9 Uhr. — Postfach Danzig 2946. — Spedition: Am Spindhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 47

Freitag, den 25. Februar 1921

12. Jahrgang

Das deutsche Programm für die Londoner Konferenz.

Reichsminister Simons über die Aufgaben der deutschen Delegierten in London.

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat nahm in seiner Sitzung vom 24. Februar Stellung zur Londoner Konferenz. Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons machte bei dieser Gelegenheit die nachstehenden Ausführungen. Er wies zunächst darauf hin, daß Deutschland die feste Absicht habe, die Entmischungsvorschlägen durchzuführen, daß jedoch auch einige Abrüstungsbestimmungen eine wirtschaftliche und industrielle Herabdrückung der deutschen Leistungsfähigkeit bezeichnen. Die Frage der Dieselmotoren, die Ausdehnung des Begriffs der Kriegsmaterialien und die Unterdrückung der deutschen friedlichen Luftschiffahrt erforderten noch eine Verständigung mit den Gegnern. Letzt wird in der französischen Presse gesagt, in London handle es sich nicht mehr um eine Änderung der Pariser Beschlüsse, sondern um deren Durchführung. Dann gehen wir ergebnislos nach London, denn eine Anwendung und Durchführung dieser Beschlüsse halte ich für völlig ausgeschlossen.

Der Minister wiederholte dann die schon zur Genüge bekannte Kritik an den Einzelheiten der Pariser Beschlüsse und betonte den Widerspruch zwischen der erstreuten Niedrighaltung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und der Forderung der zwölfeinhalbprozentigen Ausfuhrabgabe und die Wirkungen dieser Ausfuhrabgabe auf den ausländischen Wirtschafts- und Arbeitsmarkt. Die deutschen Gegenvorschläge, über die anfangs keine Einigung zu erzielen war, sind im engeren Kreise weiter verfolgt, und wir sind dahin gekommen, der Reichsregierung endlich tragbare und für die deutsche Wirtschaft erträglichere Vorschläge machen zu können, die auch die Bedürfnisse der Gegner berücksichtigen und sich in dem Maße halten, daß sie praktisch ausführbar sind. Darüber wird sich das Kabinett wahrscheinlich heute oder morgen schlüssig werden. Die letzte Sitzung mit den Sachverständigen ist auf Freitag berufen worden. Worauf es der deutschen Regierung ankommt, ist, daß das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit seiner Regierung zuruft: „Bleibe fest, und wir vertrauen, daß du fest bleibst!“ Dann werden wir, fest bleiben! Darauf können sie überzeugt sein!

Der Minister wies zum Schluss darauf hin, daß nach seinen Besprechungen mit den einzelstaatlichen Ministern auch die angedrohten Strafbestimmungen diesen Standpunkt nicht zu erschüttern vermöchten, und betonte die Wichtigkeit der Londoner Verhandlungen für alle, auch die nicht unmittelbar beteiligten Völker. „Die Reparation“, schloß er, „ist nicht nur eine wirtschaftliche, sie ist auch eine geistige Aufgabe, die von einer neuen Auffassung des Verhältnisses zwischen den Völkern durchdrungen sein muß, aber darf nicht verharren auf der Androhung von Sanktionen.“

Das deutsche Volk schickte keine Leute vor den Feind. Solange sie dort stehen, muß die deutsche Heimat geschlossen bleiben. Ich warne vor allem, und das unterstreiche ich — was ich heute in der deutschen Presse gelesen habe —, vor unbedachten politischen Abenteuern, wie sie noch von mancher Seite gehegt werden. Diese Abenteuer wird sich keine Regierung gefallen lassen. Ich werde das Meinige tun, diese Versuche unmöglich niederzukämpfen.“

In der nachfolgenden Aussprache führte Genosse Rudolf Wissell aus:

Was die Pariser Beschlüsse fordern, hätte nicht einmal das Deutschland der Vorkriegszeit erfüllen können. Die deutsche Arbeiterschaft läßt sich nicht in die Sklaverei hineintreiben. Sie wird sich den Arbeitstag nicht durch die Entente nehmen lassen. Die Arbeiterschaft will für die Wiedergutmachung arbeiten, will aber die Hoffnung haben, daß es ihren Kindern besser geht. (Lebhafte Beifall.)

Staatssekretär a. D. August Müller: Die Forderungen der Entente berücksichtigen den eigenartigen Charakter der deutschen Volkswirtschaft nicht. Neben den Produktionsverhältnissen müssen auch die Austauschverhältnisse berücksichtigt werden. Kein deutscher Staatsmann ist imstande, das vorliegende Abkommen zu unterschreiben.

Passierscheine als Wahlkarten für die oberschlesische Abstimmung.

Breslau, den 24. Febr. Die Vereinigten Verbände heimatlicher Oberschlesiener teilen mit: Die interalliierte Kommission erachtet auf Antrag Passierscheine an gewisse Stimmberechtigte der Kategorie A und C von den politischen Ausschüssen. Die Passierscheine haben den Zweck, die wegen Abwesenheit von Oberschlesiener nicht empfangenen Legitimationskarten zu ersetzen, und dienen zur Einreise nach Oberschlesien und auch als Wahlkarte. Solche Passierscheine müssen beantragt

werden von Stimmberechtigten an der Kategorie A und C, die nach dem 1. Oktober 1920 aus dem Abstimmungsgebiet verzogen sind, zweitens von Stimmberechtigten der Kategorie A, die ihren Wohnsitz im Abstimmungsgebiet haben, sich aber vorübergehend außerhalb des Abstimmungsgebietes aufzuhalten. Für diese letzteren ist es ohne Belang, seit welchem Zeitpunkt sie außerhalb des Abstimmungsgebietes sich aufzuhalten. Es gehören hierzu z. B. Studierende, die zur Universität gezogen, Geschäftstreibende, junge Kaufleute, die eine Handelschule besuchen, junge Mädchen, die in ein Pensionat oder in eine Familie an einem fremden Orte eingetreten sind, Saisonarbeiter und andere. Der Antrag auf Übertragung dieses Passierscheines muß sofort auf vorgeschriebenem Formular erfolgen, wie sie bei allen Ortsgruppen der Vereinigten Verbände heimatreicher Oberschlesiener kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Ein Stresemannscher Führer zur Regierungsfrage.

Zur Frage der Kabinettssbildung erfuhren die Blätter aus parlamentarischen Kreisen, daß der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann an die andern Reichsparteien ein Schreiben gerichtet hat, in dem er vorschlägt, die Verhandlungen über die Bildung einer einheitlichen Koalition im Reich und in Preußen bis nach der Londoner Konferenz zu vertagen. Laut „Voss. Itg.“ sei anzunehmen, daß diesem Vorschlag, der auch den Wünschen der Sozialdemokratie Rechnung trage, entsprochen werde.

Ob der Sozialdemokratie die Wünsche bekannt sind, die ihr von dem rechtsdemokratischen Blatte angedichtet werden, mag dahingestellt bleiben. Nach den Londoner Verhandlungen dürfte sich die Lage für unsere Partei kaum geändert haben.

Sozialistische Mehrheit im sächsischen Provinziallandtag.

Dem „Normärts“ zufolge haben die Wahlen zum Provinziallandtag der Provinz Sachsen eine sozialistische Mehrheit ergeben.

Die Tragödie der Saarbergarbeiter.

Saarbrücken, 24. Febr. Zu den wiederholten eingelagerten Feierstichen im Saarbergbau soll nunmehr der Lohnabbau treten. Die französische Bergwerksdirektion hat den Organisationen der Bergarbeiter mitgeteilt, daß nur durch Abbau der Löhne vom 15. März ab die Gestehungskosten teilweise verringert werden könnten. Die Direktion hofft mit einem um 15 bis 20 Franken für die Tonne verbilligten Kohlenpreise die alten Absatzgebiete zu halten und neue zu gewinnen. Der Abbau der Löhne um 4 Franken für die Schicht sei das mindeste, was die Arbeiterschaft tragen müsse. Die gesamte Saarindustrie würde andernfalls unterlegen, und Not und Elend über unzählige Arbeitersfamilien kommen. Die Organisationen der Bergarbeiter erlassen einen Aufruf an ihre Mitglieder, in denen sie erklären, daß jetzt die Stunde der schwersten Belastung für das Saargebiet geschlagen habe. Die Arbeiterschaft müsse gerüstet sein, aber die Ruhe und gewerkschaftliche Disziplin aufs äußerste wahren, um gegen die Krise hinweg zu kommen.

Diese Vorgänge bilden einen neuen Beleg für die arbeiterfeindlichen Tendenzen der imperialistischen Friedenspolitik der Weltkriegssieger, die notwendig zu einer Verschärfung des Klassenkampfes und in nicht sehr ferner Zukunft zu den schwersten Konflikten zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung führen muß.

Eine Note des Botschafterrats an den Völkerbund über die Danziger Waffenfabriken.

Paris, 24. Febr. Havas meldet, daß der heutigen Vormittagssitzung des Botschafterrats Marschall Foch beiwohnte. Von dem interalliierten Kontrollausschuß in Verfolge wurde dem Rat die Frage des deutschen Luftfahrzeugmaterials unterbreitet, das in Nordschleswig und Danzig lagert. Dieses Material gehört den Alliierten. Da die Kontrollkommission in Berlin nicht befugt ist, in diesen Gebieten, die von Deutschland an Dänemark bzw. an den Völkerbund abgetreten sind, einzutreten, beschloß der Oberste Rat, Vertreter in diese Gebiete zu entsenden, die den Sonderauftrag erhalten werden, dieses Material zu übernehmen. Der Rat beschloß, an den Völkerbund eine Note betreffend die Danziger Waffenfabriken zu senden, die, wie es heißt, weiter Waffen herstellen und ausführen.

Die Regierungsfrage in Preußen.

Die bisherige aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten bestehende Regierungskoalition hat bei der bishörigen Landtagswahl die Mehrheit behalten. Die bürgerlichen Parteien scheinen aber keine Lust zu haben, die alte Koalitionspolitik fortzuführen; sie wollen die Gelegenheit dazu benutzen, um die Regierungsverhältnisse im Reich und in Preußen gleichartig zu gestalten. Warum diese gleichartige Gestaltung der Regierungen im Reich und in Preußen notwendig sein soll, ist nicht ohne weiteres einzusehen. Preußen ist verfassungsmäßig ein Bundesstaat wie jeder andere, und niemand ist bisher auf den Gedanken gekommen, daß die Regierungsverhältnisse in Lippe denen im Reich oder die Regierungsverhältnisse im Reich denen in Lippe gleichartig werden müßten. Man kann natürlich dagegen mit Recht einwenden, daß Preußen eben nicht Lippe ist, sondern der größte deutsche Bundesstaat, und daß die Zentralen des Reiches wie jene Preußen in derselben Stadt ihren Sitz haben, daß sich also aus einer Verschiedenartigkeit der Regierungsverhältnisse auf den beiden Seiten der Wilhelmstraße Unzuträglichkeiten und Reibungen ergeben könnten. Das ist zugegeben, nur ist zu fragen, ob es nicht zu größeren Unzuträglichkeiten führt, wenn man die Regierung des Reiches oder jene Preußens der Gleichartigkeit wegen in das Prokrustesbett zwinge.

Im Reich hat am 6. Juni die Koalitionsmehrheit aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten zu bestehen aufgehört, in Preußen besteht sie dagegen weiter. Im Reich hat man wegen des Unterliegens der alten Koalition zu dem Verlegenheitsmittel einer Minderheitsregierung, bestehend aus Deutscher Volkspartei, Zentrum und Demokraten, greifen müssen. In Preußen besteht diese Notwendigkeit nicht und daher auch kaum die Möglichkeit. Im Reich ist die Sozialdemokratie freiwillig aus der Regierung herausgegangen. Sie hat der Bildung und dem Bestand einer Regierung ohne sie, darum möglichst wenig Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Würden sich die Parteien der Reichskoalition nun untereinander verschwören, der Sozialdemokratie, der stärksten, im mächtigen Aufstieg befindlichen Partei des Landes, den Stuhl vor die Türe zu sehen, so würde das nicht eben als eine Freundschaft betrachtet und weder in Preußen noch im Reich mit Freundschaften beantwortet werden. Die Reichskoalition kann gegen den Widerstand der Sozialdemokratie weder im Reich noch in Preußen regieren, es wäre denn, daß sie die stets hilfsbereiten Deutschnationalen zur Hilfe anrufe, und dann wäre im Reich wie in Preußen der antisozialdemokratische Bürgerblock unter monarchisch-reaktionärer Führung fertig. Ob das dem Reich und Preußen oder auch nur den an diesem Komplott beteiligten bürgerlichen Mittelparteien zufällig wäre, ist zu bezweifeln.

Aber so ist es wohl nicht gemeint. Was die Parteien der Reichskoalition wollen, das ist die gleichzeitige Verbreiterung der Reichsregierung nach links und der preußischen Regierung nach rechts. Im Reich wie in Preußen soll eine Koalition regieren, die aus der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, den Demokraten und den Sozialdemokraten besteht. Am merkwürdigsten ist dabei die Haltung der Deutschen Volkspartei. Diese hat sich bekanntlich nach den Reichstagswahlen bemüht, eine Regierung mit den Sozialdemokraten zu gestalten, um zu bringen, holte sich dabei aber einen Korb. Um eine Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung wurde damals nicht gedacht. Man nahm wohl an, es sei schon Zumutung genug, die Sozialdemokratie in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei einzuladen, und scheute die weitere Belastung dieses Plans durch Hinzulegung der Konservativen. In den ersten Februartagen hat aber die Deutsche Volkspartei die berühmten Verhandlungen mit den Deutschnationalen und mit den Sozialdemokraten zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheitsfront geführt, deren Ergebnis war, daß die Sozialdemokraten ablehnten, die Deutschnationalen eben dasselbe taten, aber später wieder umfielen. Die Deutschnationalen haben also jetzt ihre Bereitschaft erklärt, mit den Sozialdemokraten zusammen eine Regierung im Reich zu bilden — ein Plan, von dem Genosse Scheidemann nicht überzeugt war, eine Heirat mit dem Teufels Grobmutter sei dagegen noch ein appetitliches Unternehmen. In jenen Verhandlungen erklärte nun die Deutsche Volkspartei den Deutschnationalen auf Beifrag ausdrücklich, eine einseitige Verbreiterung der Regierungskoalition nach links komme für sie nicht in Frage; machen die Deutschnationalen nicht mit, so wollen sie auch die Sozialdemokraten in die Reichsregierung nicht aufnehmen. Wenn jetzt die Deutsche Volkspartei geneigt sein sollte, im Reich und in Preußen eine Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten ohne die Deutschnationalen zu bilden, so würde das eine ganz erhebliche Änderung der Haltung bedeuten, die sie noch vor drei Wochen eingenommen hat. Aber dies wäre schließlich ihre Sache!

Der angestrebte Zugleich zwischen dem Reiche und Preußen entspricht den einseitigen faktischen Bedürfnissen der bürgerlichen Parteien. Diese möchten in Preußen ihre Stellung gegenüber der Sozialdemokratie durch Zugang von rechts verstärken, im Reiche aber einen Teil ihrer Verantwortung auf die Sozialdemokratie ablaufen. Das ist von ihrem Standpunkt aus gewiss sehr schamlos erachtet. Fraglich bleibt nur, ob es von der Sozialdemokratie ebenso schamlos wäre, darauf einzugehen. Einem breiten Bruch des Zentrums und der Demokraten nur, das Wenige, was an Ordnung vorhanden ist, zu versprechen, und amar mutwilligerweise zu zerstören. Im Reiche besteht jetzt eine Minderheitsregierung, die kein Mensch etwas tut, obwohl doch vielfach mancherlei gegen sie zu sagen wäre. In Preußen kann die alte Koalition weiter bestehen bleiben, weil sie eine sichere Mehrheit hat. Es könnte also alles bis auf weiteres beim alten bleiben. Wenn das Zentrum und die Demokraten der Sozialdemokratie die Koalition in Preußen kündigen, so schaffen sie zunächst im Reiche und in Preußen an Stelle der bisherigen sozialen Ordnung ein Chaos, und es ist ganz ungewiss, was sich aus ihm neu gestalten soll. Die Sozialdemokratie kennt natürlich nicht daran, sich einfach im Reiche und in Preußen zu retten, wie es den bürgerlichen Parteien gerade beliebt. Sie wird von den Parteien der Reichskoalition kein Diktat entgegennehmen, und man wird ihr mit Rücksichten, die in Verkenntung der gegebenen Machtmöglichkeiten geheilt sind, hoffentlich erst gar nicht kommen.

Die Wiedergutmachung.

Von Mertius.

Die Bezeichnung der Wiedergutmachungsschuld ist die brennendste Lebensfrage der deutschen Wirtschaft. Der Oberste Rat der Alliierten hatte nun in seinen bekannten Beschlüssen diesbezüglich zahlenmäßig bestimmte Forderungen aufgestellt. 220 Milliarden Goldmark sollte Deutschland im Laufe von 42 Jahren leisten, in Jahresraten von anfangs 2 Milliarden, die sich stufenweise bis auf 6 Milliarden erhöhen. Außer diesen Zahlen will die Entente noch 12 Prozent des Wertes der geführten deutschen Warenausfuhr gleichfalls 42 Jahre hindurch für die Zwecke der Reparation für sich in Besitz nehmen. Nach den aus Frankreich einlaufenden Berichten muss man auf diesem Wege jährlich etwa 1 Milliarde Goldmark herauszuschlagen. Die präziseste Gesamtrechnung würde sich demnach auf Grund dieser Annahme auf rund 270 Milliarden stellen.

Welche Mittel stehen einem Lande zur Verfügung, um jahraus, jahrein Milliardenwerte — in Papiermark ausgedrückt ein Mehrfaches von zehn Milliarden — aus Polen, sei es für Entschädigungs- oder sonstige Zwecke, abzuführen? Die fortlaufende Jahresproduktion bildet stets und immer die allernötigste Quelle dieser Leistungen. Daneben kommt auch ein etwaiger Kapitalfluss im Auslande in Betracht, durch deren Übergabe fremde Forderungen getilgt werden können. Das Vermögen der Reichsdeutschen im Auslande wurde vor dem Kriege auf über 20 Milliarden geschätzt. Jedoch wurde der in den ehemaligen feindlichen Ländern bestehende Teil des deutschen Kapitalvermögens und damit die überwiegende Quelle der gesamten Kapitalanlage im Auslande bereits beschlagnahmt. Für weitere Zahlungen kommt daher ihr Wert nicht in Betracht. Es bleibt aber als einzige Quelle der Entzug der Reparation. Dieser müsste so gestaltet werden, dass ein dem Wert der jährlichen Reparationsabzahlung gleichkommender Überschuss der inländischen Gütererzeugung über den Konsum für Ausfuhrzwecke freibleibt. Dies ist eine vollständig wirtschaftliche Voraussetzung, über deren Richtigkeit ein Streit kaum vorstellbar ist. Nur sind sowohl Reparationsstellung wie Rentenbedarf eines ausgedehnten Wirtschaftsraumes und auch die Differenz der beiden recht behinbare Größen, deren tatsächliche Gestaltung durch manigfache Faktoren bestimmt wird. Die Schwierigkeiten der genauen sozialenökonomischen Feststellung der Leistungsfähigkeit lassen leider Spieldaten für eine durch politische Verhandlungen genaue Planfeststellung gar nicht beengen föhren.

Die Pariser Konferenz hielt sich an die Warenausfuhr des Deutschen Reiches von 1914. Diese belief sich damals im Jahre auf rund 10 Milliarden Mark. Es wurde in Paris auch in Rechnung gesogen, dass heute die tatsächliche Warenausfuhr, seltst in Goldmark gerechnet, einen höheren Betrag ausmachen würde, weil die Weltmarktpreise immer noch viel höher stehen als z. B. im Jahre 1913. Daraus folgt die höchst einfache Rechnung: Deutschland sollte seine Produktion aus dem Friedensstand erhöhen und den Konsum entsprechend dem Betrage der geforderten Milliarden einschränken. Seltst wenn wir von der Verkleinerung des deutschen Wirtschaftsgebietes seit 1913, der Abtrennung höchst wichtiger Produktionsbezirke durch den Friedensvertrag abschreien, so stellt sich dieser Rechnung folgendes entgegen: Die Warenausfuhr der Reparationszeit übersteigt den Export um mehrere hundert Millionen. Sie muss aber zum einen unter 150 Milliarden liegen. Voraussetzung der Enthaltung der Exportfähigkeit, weil Rohstoffe den hauptsächlichen Bestandteil der Einfuhr bilden, welche dann in verarbeitetem Zustand wieder exportiert wurden. Unentbehrlich war auch die Einfuhr von Lebensmitteln, weil der Boden Deutschlands für die Ernährung der gesamten Bevölkerung nicht hinreichend. Eine müßige Herabsetzung der Einfuhr drückt daher logisch die Ausfuhr, weil sie zur Stilllegung von Industriebetrieben und gegebenenfalls zur Unterernährung der Bevölkerung führt. Beides ist insofern der Absperzung während des Krieges und nachher wegen des Vatutatiums eingetreten. Die auf fremde Rohstoffe angewiesenen Betriebe können ihre Produktionsanlagen bei weitem nicht voll ausnützen. Auf das geradezu tragische Kapitel der Ernährungsverhältnisse in den deutschen Städten brauen wir in diesem Zusammenhang nur hingewiesen.

Bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Gegenwart fällt sich daher kein Maßstab einfach auf Grund der Heranziehung von Daten vergangener Zeiten anlegen. Die Konjungturgebundenheiten des Kriegeszeit waren allerdings einer Einschränkung fähig, und bei der damals vorhandenen

Leistungsfähigkeit wäre es dann verhältnismäßig leicht gewesen, einen — allerdings keinen unbegrenzten — Ausfuhrüberschuss herauszuwirtschaften. Der Lebensstandard der westlichen Schichten der deutschen Bevölkerung ist aber heute himmelweit entfernt von den Lebensverhältnissen der Früheren. Ein weiteres Erreichen dieses Standards verhindert die Unterernährung, führt nur zur Herabsetzung der Leistungsfähigkeit, die bekanntlich bereits durch das jüngste Eindempfindlich genug beeinträchtigt wurde. Herabsetzung der allgemeinen Volksnährung, Nachwuchssorgung, gesicherte Sozialhilfe sind die nachgemahnen Voraussetzungen einer nach den Produktions- und Außenhandelsziffern der Kriegszeit zu bemessenden Entschädigung.

Die Pariser Konferenz hat bloß einen erneuerten Beweis des unzulänglichen Widerspruchs geliefert, an dem die ganze Reparationsfrage frant. Man will aus dem Schuldner möglichst viel herauspressen und dabei die Bedingungen der Wiederaufbau seiner Wirtschaft unberücksichtigt lassen. Man will die deutsche Produktion zu verzweifelten Leistungen anstreben, sich aber gleichzeitig vor der deutschen Konkurrenz schützen. Wäre nämlich Deutschland in der Lage, den gestellten Forderungen nachzukommen, so würde dies ein Überkommen aller Märkte mit deutschen Ausfuhrarbeiten zur Folge haben, aus deren Verkaufserlösen ja allein die Milliarden bezahlt werden können. Der Gedanke über die Erreichung einer Ausfuhrabgabe von 12 Prozent hat offenbar hierin ihren Beweggrund, wobei auch die Sorge mitgespielt haben mag, dass die Reparationschuld nicht zu niedrig bemessen werde und sich daher automatisch bei jeder Steigerung der Leistungsfähigkeit Deutschlands erhöhen soll. Eine solche Ausfuhrabgabe würde zu einer tatsächlichen Sonderbelastung des Ausfuhrhandels führen, wäre gleichbedeutend mit der Erhöhung des deutschen Exports von dem Augenblick an, in dem der Valutagewinn fortfällt. Die Regierung muss aber in solchem Falle notgedrungen zur Entschädigung der Exportgewerbe schreiten, um die Untergrabung ihrer Konkurrenzfähigkeit zu verhindern.

Die erörterten Widersprüche erläutern auch den Disput, ob die Leistungen vornehmlich in Sachlieferungen oder in Geldzahlungen erfolgen sollen. Bei einem gemeinsamen Ausbauwollen wäre nichts natürlicher, als die Heranziehung der deutschen Industrie zum Wiederaufbau Nord-Frankreichs auf Grund eines vereinbarten Lieferungsprogramms. Diese großen Massenbestellungen will man jedoch der französischen und englischen Großindustrie vorbehalten und den deutschen Exporten die Bewertung ihrer Artikel an den verschiedenen Märkten überlassen. Die derart erworbenen Guthaben im Auslande bilden dann die Grundlage zu Geldzahlungen an die Reparationskommission. Je nachdem, welche Lösung gewählt wird, wird diese oder jene Gruppe von Industrien in den Entente-Ländern für sich eine Gefahr in dem vorliegenden deutschen Export erachten. Zur Beratung eines solchen Projekts, welches dieser Schwierigkeiten Herr werden soll, ist man aber noch nicht gekommen. Die leitenden Männer der Entente glauben noch immer, vor Parlament und Wählermassen mit möglichst hohen Milliardensummen prunkieren zu müssen. Sie hoffen in der Wahlkampagne versprochen, dass Deutschland die Kriegskosten bezahlen wird, und wollen einfach die nächsten Jahre der wirtschaftlichen Tatsachen nicht verstehen. Die Höhe ihrer Forderungen ist eben ein Ergebnis politischer Demagogie und nicht das Resultat wirtschaftlicher Überlegungen. Eine übermäßige Entschädigungssumme trifft aber mit außerordentlicher Härte die deutsche Arbeiterschaft, weil der Reallohn durch den Entzug riesiger Wertsachen aus dem Inlandsmarkt dauernd niedergeschlagen wird. Dies bereitet allerdings den Männern im Obersten Rat wenige Sorge, doch müsste auch sie die Abschaffung und die wirtschaftliche Arbeitsfähigkeit in ihren Heimatländern bedenklich stimmen, alles Erscheinungen, die auf engste mit der politischen Eroberung Deutschlands und des übrigen Mitteleuropa und deren Auswaltung als Käuser am Weltmarkt zusammenhängt.

Reichsfinanzminister Wirth über das deutsch-niederländische Kreditabkommen.

Berlin, 22. Febr. Im Reichsfinanzministerium fand heute unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers die Gründungsversammlung der Treuhandverwaltung für das deutsch-niederländische Finanzabkommen statt, welcher nach dem Staatsvertrag vom 11. Mai 1920 die Verwaltung dieses Kredits übertragen werden muss.

Der Reichsfinanzminister wandte sich zunächst mit folgenden Worten an die Versammlung:

Meine Herren!

Ich habe Sie hierher eingeladen, um Sie namens der Reichsregierung zu bitten, den Gründungsakt der Treuhandverwaltung für das deutsch-niederländische Finanzabkommen vorzunehmen.

Es ist Ihnen bekannt, dass unser Nachbarstaat Holland der deutschen Industrie ein Kreditkapital von 140 Millionen Gulden auf lange Dauer und zu einem fairen Zinses zur Beschaffung von Rohstoffen zur Verfügung stellt. Dieser Kredit, durch Staatsvertrag vereinbart, ist doch seinem Zweck noch nicht ein Staatskredit, sondern er stellt eine unmittelbare Kapitalübertragung an die produktive Wirtschaft dar. Demgemäß sind die Ansprüche und Verwaltung dieses Kredits vom Staate losgelöst. In Ihren Händen, meine Herren, soll es liegen, als Treuhänder dieses Kapitals der deutschen Industrie zuzuführen nach den Richtlinien, die Sie nach Sachverständigen ermessen und in dem Weise des Abkommens ausarbeiten werden und die wohl alle dem einheitlichen Ziele zustreben müssen: Steigerung der Produktion zur Besserung unserer Handelsbilanz!

Die Treuhandverwaltung für das deutsch-niederländische Finanzabkommen, zu deren Gründung Sie sich hier versammelt haben, ist als autonome Kreditverwaltung und zugleich als Treuhänder der Kreditgeber für die Niederländische Regierung, Träger hohen Vertrauens sowohl seitens der Reichsregierung wie auch seitens der Niederländischen Regierung.

Vertrauen in die geistige Bedeutung und hohe Zuverlässigkeit des deutschen Industriellen und Kaufmanns ist die Grundlage für die großzügige Art gewesen, in der Holland diesen Kredit gegeben hat.

Den gordischen Knoten endloser und selbstsüchtiger Debatte hat Holland mitgeholzen mit einer von höheren Geschäftspunkten getriebenen Tat zu durchhauen. In welcher schärferen Weise bedarf es Rücksicht vor dem moralischen und wirtschaftlichen Wert der deutschen schaffenden Kräfte und zeigt den Weg, auf dem allein ein weltwirtschaftliches Gleichgewicht erreichbar ist: Durch die Solidarität der Volkswirtschaften.

Ich gebiete mit Dank meines Vizepräsidenten, Ministers Leyberger, der die Anregung zu dem Abkommen gegeben und die Verhandlungen eingeleitet hat.

Hierauf sprach der Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums, Professor Dr. Hirsh über die Bedeutung des Abkommens und die Aufgaben, welche der Treuhandverwaltung erwachsen:

Vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft sei das endliche Zustandekommen dieses Werkes außerordentlich dankbar zu begrüßen. In durchaus ungewöhnlicher, neuer und wirtschaftlicher Form findet durch das deutsch-niederländische Finanzabkommen eine tatsächliche Erweiterung der deutschen Kapitalbasis statt. Darüber hinaus aber sei in dem Zustandekommen dieses Vertrages mit seiner besonderen Art der Kreditverwaltung eine Entpolitisierung des internationalen Wirtschaftslebens zu erblicken. Die deutsche Wirtschaft knüpfe daran den Wunsch, dass dies die Basis sein möge für weitere Kreditoperationen, die den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens ermöglichen. Ganz besonderer Dank sei auch den niederländischen Unterhändlern zu zollen, welche an dem schwierigen Werk mitgearbeitet haben.

Saplehas Konferenzen in London und Paris.

O. C. lieber den Inhalt der Konferenzen des polnischen Außenministers Fürst Sapieha in Paris und London erschreibt der Korrespondent des Ost-Express aus unterrichteter Quelle folgendes: England nimmt Frankreichs Vorschlag an, dass die Entscheidung über Ostgalizien vertragt werden müsse, um damit Polen Zeit zu geben, seine Stellung dort zu stärken. Was die polnische Politik in Wilna betrifft, so soll die bisherige Wache fallen: Polen soll die Verantwortung für Silesien bisheriges Vorgehen und die Garantie für seine künftige Unterordnung unter die Anordnungen des Völkerbundes übernehmen. Ferner wird die Demobilisierung der Polizeiabteilungen verlangt. In der Frage der Ostgrenzen Polens hält England zwar die Überschreitung der Kurzlinie für eine schlechte Gewähr für einen Daueraufstand, dennoch wird es, falls Aufstand die im Vorfrieden vereinbarten Grenzen im Schlussfrieden annimmt, bei Artikel 87 des Vorfrieden Vertrages den Mästen vorbehaltene Bestätigung dieser Grenzen nicht widersprechen. Die militärische Feststellung Polens in Danzig wird von England nach wie vor in Übereinstimmung mit dem Gutachten des Oberkommissars, General Halling, abgelehnt. In bezug auf die österreichische Frage hat sich London George zu Sapieha dahin geäußert, er wolle die Volksabstimmung unter allen Umständen und zwar möglichst bald; außer dem Ergebnis der Abstimmung müssten aber bei der endgültigen Regelung der österreichischen Frage auch noch andere Faktoren in Betracht gezogen werden. Der von Sapieha mit der technischen Vertretung der Wirtschaftsverhandlungen beauftragte Dr. Benes begründet die im polnisch-französischen Handelsvertrag vorgesehene weitgehende staatliche Verwaltung des französischen privaten Unternehmens in Österreich, falls dieses an Polen fällt damit, dass hierdurch die direkten Angebote deutscher öberschlesischer Gruben- und Hüttenbetreiber an Enteckungskapitalisten außer Wettbewerb gelegt würden. Für Sapieha wird in einigen Tagen in Warschau zurückzuerkennen. Von hier dürfte er nach Bukarest reisen. Kriegsminister Sosnowski ist aus Paris bereits zurückgekehrt. Obwohl keine Militärkonvention zwischen Polen und Frankreich abgeschlossen wurde, wird die Anlage von Waffen- und Munitionsfabriken in Polen französischerseits teils unternommen, teils unterstützt werden.

Eine sterbende Partei.

Die Wahlkatastrophe der Unabhängigen lädt sich nun im vollen Umfang überleben. Sie hatten am 6. Juni bei den Reichstagswahlen innerhalb des preußischen Gebietes fast genau drei Millionen Stimmen aufgebracht. Jetzt beträgt ihre Stimmenzahl gerade den dritten Teil hiervon, nämlich wenig über eine Million. Dabei ist auch noch zu berücksichtigen, dass jetzt Ostpreußen und Schleswig-Holstein mitgestimmt haben, die bei der Reichstagswahl nicht wählten. Rechnet man diese beiden Provinzen ab, so ergibt sich für den preußischen Rest, dass die Stimmenzahl der Unabhängigen gegen den Juni 1920 nicht auf ein Drittel, sondern beinahe auf ein Viertel gesunken ist. Diese sichtbare Katastrophe sucht nun die „Freiheit“ mit der Auserede zu bemühen, die Sozialdemokraten hätten den „großen Wahlapparat“, die Kommunisten hätten das Moskauer Bild gehabt, was beides den Unabhängigen gefehlt habe. Den Unabhängigen hat in Wahrheit etwas ganz anderes gefehlt als Apparat und Geld und fehlt ihnen heute noch. Es fehlt ihnen nämlich eine geistige Grundlage, auf der sich eine Partei aufzubauen lässt. Die Sozialdemokratie steht auf der Grundlage der Demokratie und der sozialistischen Entwicklung, die Kommunisten stehen auf der Grundlage der Diktatur und des gewalttätigen Umsturzes der Wirtschaftsordnung. Die Unabhängigen aber stehen weder auf den einen noch auf der anderen Grundlage, sondern hängen zwischen diesen beiden Prinzipien in der Luft. Und deswegen gibt es auch von ihrer Niederlage keine Erholung mehr. Eine Partei, die eine feste geistige Grundlage hat, kann Niederlagen erleiden, aber sie erholt sich immer wieder. Für eine Partei ohne geistige Grundlage ist die erste Niederlage der Tod.

Hugo Stinnes geht nicht nach London.

Wie die P. P. N. von privater, aber zuverlässiger Seite hören, wird Herr Minister Dr. Simons zur Londoner Konferenz in erster Linie von Ministerialdirektor Dr. v. Samson begleitet sein. Zu den Vertretern der deutschen Delegation werden die Herren Dr. Melchior und Dr. Walter Rathenau gehören, wogegen Herr Hugo Stinnes entgegen anderen Meldungen nicht nach London gehen wird.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 47

Freitag, den 25. Februar 1921

12. Jahrgang

Danziger Nachrichten.

Die Bekämpfung der Rattenplage in Danzig.

Wie aus früheren Mitteilungen bekannt ist, hat die Stadtverwaltung Danzig eine planmäßige Rattenbekämpfung in der Stadt durchzuführen und das Gesundheitsamt mit der Ausführung beauftragt. Den zu ergreifenden Maßnahmen haben sich auch die benachbarten Gemeinden Chro und Gnoau eingeschlossen. Die Vorarbeiten sind seitens vorgenommen, daß für den etwaigen allgemeinen Schlag die ersten Tage des kommenden Monats in Aussicht genommen werden können. Die Bekämpfung soll durch Auslegen von Giften in sämtlichen bebauten Grundstücken der Stadt, sowie der Nachbargemeinden Chro und Gnoau erfolgen und zwar überall am gleichen Tage. Der Tag wird in den hiesigen Tageszeitungen nach bekanntgegeben. Da eine reelle Bildung aller Ratten bei einmaliger Anwendung auch mit den besten Bekämpfungsmitteln nicht zu erzielen ist, so soll in besonders stark durch Ratten heimgesuchten Grundstücken Hafenanlagen usw. nach der allgemeinen Auslegung der Gifte noch mit anderen Mitteln weitergearbeitet werden. Für diese Zwecke soll eine besondere Arbeitskolonne gebildet werden, die den Ratten auch in den entlegenen Schlupfwinkeln nachspült. Als Bekämpfungsmittel wurden solche gewählt, die bei gleicher Wirksamkeit gegen Ratten, für Menschen und Tiere möglichst wenig schädlich sind. Da durch die Schwierigkeiten der Beobachtung verursachte Verzögerung mußte als weniger unangemahm hingenommen werden, als wenn durch Anwendung der sofort in ausreichender Menge vorhandenen tödlichen Stoffe Haustiere und Menschen einer erheblichen Gefahr ausgesetzt worden wären. Jeder Haushalter, bevor sein Beauftragter ist auf Grund der am 22. Februar veröffentlichten Preisverordnung zur Auslegung der Gifte verpflichtet, auch wenn in seinem Grundstück bisher Ratten nicht bemerkt worden sind. Diese Maßnahme ist erforderlich, weil die Ratten ungemein schlaue und misstrauische Tiere sind, die, sobald sie merken, daß ihnen nachgestellt wird, sofort in andere Grundstücke bzw. Städte abwandern. Haushalter, die es unterlassen Gifte zu legen, machen sich strafbar. Durch Polizeibeamte wird eine entsprechende Kontrolle ausgeübt werden.

Der Verlauf der Mittel erfolgt durch die Apotheken und Drogerien in drei verschiedenen großen Packungen zu einem mäßigen Preise. Jede Packung enthält ein Wergewichtspräparat in Form von Breitflügelchen und eine Anzahl aus Erbsenmehl mit den entsprechenden Zutaten hergestellten Rattengiftbrotsäckchen. Für jedes Grundstück ist mindestens eine Packung erforderlich. Kleine Grundstücke, in denen keine oder nur wenige Ratten bemerkt werden, haben das Präparat 1. Grundstücke von mittlerer Größe, in denen keine oder nur wenige Ratten bemerkt sind, das Präparat 2 auszulegen. Für kleine Grundstücke mit stärkerer Rattenplage oder große ohne oder mit nur wenigen Ratten ist das Präparat 3 bestimmt. Sind die Grundstücke von Ratten stark heimgesucht, so sind sie nach Auftreten der Ratten und Größe der Grundstücke eine höhere Anzahl Packungen erforderlich. Eine Bekanntmachung über den Preis der Gifte und den Zeitpunkt des Verkaufs derselben wird noch in den Danziger Tageszeitungen veröffentlicht. Gleichzeitig wird den genannten Zeitungen ein Verzeichnis der den einzelnen Verkaufsstellen zugehörigen Straßen und Stadtteile beigelegt. Da die Gifte bei unsachgemäßem Verwendung auch für Menschen und Haustiere schädlich wirken können, ist die auf den Packungen ausgedruckte Gebrauchsanweisung genau zu beachten. Die einzelnen in den Packungen beständlichen Brotsäckchen und die Breitflügelchen in ihrer Zeitungspapierverpackung sind an möglichst vielen, verschiedenen, vorzugsweise von Ratten aufgesuchten Orten, insbesondere in unmittelbarer Nähe vorhandener Rattenställe so auszulegen, daß sie unbefugten, namentlich Kindern und auch den Haustieren, nichtzugänglich sind. Das Auslegen hat mit einem Löffel zu erfolgen. Die Brotsäckchen und Breitflügelchen sollen nicht mit den Händen berührt werden, weil die Ratten dafür eine sehr scharfe Witterung haben und die ausgelagerten Präparate sonst meiden. Der gebrauchte Löffel ist nach dem Auslegen sofort mit heißem Wasser gründlich zu reinigen.

Der Sternsteinhof.

1) Eine Dorfgeschichte von Ludwig Kriegsgruber.

1.

Ein Gährgen war herniedergerauscht. Wollend und zischend lispel das sonst so ruhige Wässlein zwischen den zwei Hügeln hinunter; auf der Höhe des einen stand ein großes, stolzes Gehöft, am Fuße des andern, längs den Ufern des Bachs, lag eine Reihe von kleinen Hütten.

Die letzte dieser Hütten war gar verwahrlost, der Türstock stand frei in der gebrochenen Mauer, die Fensterrahmen hingen schief, die und da quakte ein nackter Streit aus dem rauhen, verwitterten Innwurfe hervor und wenn auch die drogen Risse und Sprünge mit Lehm verklebt und mit Heu und Stroh verstopft waren, so machte das den Anblick nicht besser. Dahinter stieg ein schmäler Streifen bearbeiteten Bodens hinan, bestellt mit etlichen Gemüsebeeten, einem Ader mit Krautpflanzen und andern mit Kartoffelpflanzen. Die Einsiedlung dieses Besitztums war mehr angedeutet als wirklich, von Schlingpflanzen umwucherte Pflöcke standen weitab von einander und quer zwischen deren gabelförmigen Enden lagen verrostete, schlaffe Baumstämme.

Wenn der Bach, in den sie allen Unrat leiteten und warfen, lange dahinschlief, dann machte er der ärzlichen Siedlung viel Unlust, dann befiel auch die Beschränkungen da unten eine unwillige Empfindung, in welcher Enge, in welchem Schmitze sie dahinlebten, aber heute wussten die Wöster dahin und in die tiefste Hauchte des Lust mischte sich frischer Erdgeruch und würziger Pflanzengrund, und auf dem Sternsteinhof dort oben konnten sie es auch nicht wohlgefallen und geflindert haben. Auf dem Bänkstein vor der Leitern hatte sich ein etwa vierzehnjähriges Mädchen, außer einem Kopftuch, einem Hemdchen von ungeleichem Leinen und einem verwaschenen, blauen, weichgepflanzten Röckchen, hatte es nichts am Leibe. Die kleine hatte die Füße an sich gezogen, daß sie in der Lust dampfeten, nur manchmal streckte sie den Hinteren aus, deliciate die Sohle in die feuchte Erde und sah nach dem Gräbchen, das sich dieses mit Wasser füllte, dann war der Schuh fertig. Ja, wer Schuhe hätte, der könnte unter die reichen Leute gehen, wohl auch da hinaus nach dem Sternsteinhof.

Sie hob wieder das Kopftuch. Von ihrem Gesicht war nichts zu sehen als das runde Kinn, der untere Teil der vollen Backen und die Lippe der kleinen Nase zwischen dem Spalt des Kopftuches,

eine Woche nach dem Auslegen sind etwa noch vorhandene Gifte fürstig zu entfernen und die Löcher mit Zement oder Gips und Glasfaseren zu verstopfen und mit Lein aufzutragen. Die abriegelbaren Giftefässchen sind im Herd oder Ofenfeuer zu verbrennen.

Die getroffenen Maßnahmen können erfahrungsgemäß eine vollständige und dauernde Ausrottung der Ratten nicht zur Folge haben. Eine Anzahl der überaus schlauen Tiere wird die Giftepeisen meiden, wenn sie merken, daß andere davon gegangen sind. Die Tatsache, daß die Ratten oft große Strecken wandern, wird mit der Zeit wieder eine Ausweiterung neuer Ratten mit sich bringen, sind sie doch zur Zeit der Reformation innerhalb eines Jahres von Sizilien, wo sie zuerst in Europa beschworen wurden, bis nach Norddeutschland gekommen.

Es ist daher auch in der Preisverordnung bestimmt, die Rattenbekämpfung in Danzig zu einer dauernden Einrichtung zu machen und dieselbe mindestens jedes Jahr einmal stattfinden zu lassen. Der Nutzen, der damit auf gesundheitlichem und wirtschaftlichem Gebiet erzielt wird, lohnt reichlich die Mühen und Geldmittel, die zur Bekämpfung der schädlichen Räuber verwendet werden. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Ratten die gefährlichsten Überträger der Pest sind, macht gerade in einer Hafenstadt des Weltverkehrs die regelmäßige planmäßige Rattenbekämpfung zu einer überaus wichtigen Maßnahme.

Die Erhöhung der Personentarife.

Von unterrichteter Seite wird den S. V. L. mitgeteilt:

Vom 1. Junt d. J. 20 soll die Personentarife bei den deutschen Reichsbahnen in der Weise erhöht werden, daß der Kilometrische Einheitspreis für die vierte Klasse auf 18, für die dritte auf 19,5, für die zweite auf 22,5 und für die erste Klasse auf 58,5 Pfennig festgesetzt wird. Damit werden die Fahrpreise gegenüber den Friedenspreisen in der vierten und dritten Klasse um 550 Prozent in der zweiten um 622 Prozent und in der ersten Klasse um 735 Prozent erhöht sein. Gegenüber den zur Zeit geltenden Preisen treten in den einzelnen Klassen Erhöhungen bis zu 88 Prozent ein. Diese beträchtliche Steigerung hat sich nicht vermeiden lassen, weil die finanzielle Lage der Reichsbahnen außer einer erheblichen Steigerung der Gütertarife auch die Heranziehung der Personentarife zur Verbesserung der Einnahmen unbedingt notwendig macht.

Wöchentlich von dem bisher bei allen Erhöhungen eingeschlagenen Verfahren, die Fahrpreise durch prozentuale Zuschläge zu erhöhen, ist die Eisenbahnverwaltung diesmal dazu übergegangen, eine organische Neuordnung des Tarifsystems vorzunehmen. Zwischen den Fahrpreisen der einzelnen Klassen wird jetzt wieder ein Spannungsverhältnis hergestellt, ähnlich dem bereits in Friedenszeiten bestehenden, nur unter stärkerer Belastung der beiden oberen Wagenklassen. Die Fahrpreise sind auf dem Tarif der vierten Klasse in der Weise aufgebaut, daß die dritte Klasse das Unterhalbsche, die zweite das Zwischenhalbsche, und die erste das Dreiherhalbsche der vierten Klasse kostet. Dadurch wird zugleich der Übergang zu einer höheren Klasse ermöglicht, ohne daß umständliche Berechnungen vom Zugpersonal vorgenommen werden zu brauchen. Zur Vereinfachung der Abfertigung werden ferner Fahrpreisbeträge bis zu 5 Ml. auf volle 10 Ml. auf volle 50 Pf. und über 10 Ml. auf volle Markbeträge aufgerundet.

Gegen diese Erhöhung der Fahrpreise können alle die Bedenken geltend gemacht werden, die gegen jede Tarifsteigerung sprechen. Angesichts der finanziellen Lage hat sich jedoch die Eisenbahnverwaltung über diese Bedenken hinwegsetzen müssen, und alle von ihr befragten Sachverständigenkörper haben sich ihr angeschlossen. Nach den bisherigen Erfahrungen darf auch erwartet werden, daß das finanzielle Ziel der Tarifsteigerung in vollem Umfange erreicht wird; denn alle bisherigen Fahrpreissteigerungen haben nach vorübergehender Abnahme des Verkehrs und trotz der Wiederkehr in die unteren Klassen eine Einnahmesteigerung über den der Tarifsteigerung entsprechenden Prozentsatz hinaus gebracht. Auch die Ausnutzung der Züge ist bisher, wie Auszeichnungen über ihre

das sie zum Schluß der Augen tief in die Stirne gezogen hatte, denn das war auch nötig, hinter dem Hügel, ihr im Rücken, ging eben die Sonne unter und daher flammten die Fenster des Gehöfts, nach dem sie so unverwandt hinsah, in sprühendem Feuer. Das nasse Schieferdach des Wohnhauses, daß dort unten wälder Wirtschaftsgebäude stand, verschwamm sinnlich in dem tiefdunklen Grau der Wolken, die dahinter standen, und nur an den Rändern einen ganz schwachen, rotgoldenen Saum zeigten, so daß es fast aussah, als leite der Sternsteinhof bis an den Himmel.

Wunder hätte es das Kind nicht genommen! So weit der Himmel reicht — o, wie weit war das — gehörte alles Boden zum Sternsteinhof und noch ein gutes Stück ebenen Landes dazu. Was die Wiesen an Vieh ernähren konnten, die Acker zu tragen vermochten, das hatte der Sternsteinhof-Bauer in Ställen und Scheunen. Das sagten ja die Leute, daß ihm alles wie vom Himmel fiel, seit er den feurigen Stein, die Sternschnuppe, die just zur Zeit, als er den neuen Hof zu bauen begann, auf seinen Grund herabstieß, aus der Erde heben und in das Fundament einmauern ließ.

Wirklich wuchs inmitten des dünnen Grau ein helles, sandfarbenes Wölzchen lustig empor, der Hauch, der aus einem der Schornsteine über dem Schieferdach aufstieg. Das Wölzchen starzte danach hin und souffte leise. Von der Seite gesehen, mit dem übergebundenen Kiechelchen, dessen Zopf hohl und spitz, das Gesicht verbreitete, machte sich ihr Kiechelchen wie daß eines lustigen Vogels aufzunehmen und nachdem sie vorhin nach dem Goldrunde der Wolken aufgeschaut hatte und nun gerade vor sich hinsah, so war es, als hätte querst der Vogel, etwa aus der jungen Saat in die blaue Weite gesucht und plötzlich befand er etwas ganz Nahe und besaßt sich, ob er darauf los gehen sollte.

Ganz so sah es wenigstens nach der Meinung eines halbwüchsigen Kiechelchen aus, das schon längere Zeit hinter dem mannshohen Busch im Vorgärtchen der Nachbarhütte lauerte. Als der hübsche Vogel da drüben den Schnabel senkte, übermannte den Kiechelchen die Lustigkeit seiner Vorstellung so, daß er mit dem Kiebel, den er sich aus einem seiner Händchen drehte, um den lauten Ausbruch seiner Heiterkeit zu erwidern, nicht mehr rechtzeitig zu kommen kam und in ein prustendes, gräßliches Lachen ausbrach, dem aber sofort ein kampfartiger, pfifflender Husten folgte.

Die kleine schaute anfangs heftig zusammen, jetzt aber lächelte sie in die Hände und rief lachend: „Siehst, das geschieht dir recht, Mücke, das ist die Strafe dafür, daß du die Leut so erschreckst.“

Benutzung ergeben, im allgemeinen eine recht gute gewesen. Die von Berlin abgehenden Schnellzüge sind z. B. — von verschwindenden Ausnahmen abgesehen — meist voll besetzt.

Vereine, Versammlungen.

Der Danziger Mietverein hielt Mittwoch abend seine Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Redakteur Buchholz, eröffnete den Jahresbericht. Der Vorstand und Beirat haben eingehend über geplante Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungskrise beraten. Diese seien aber nur durchzuführen, wenn sich alle Mieter Danziger und des Kreisfests im Mietverein organisieren. Es müsse auf 80 000 Mitglieder kommen. Andernfalls wäre es kaum zu verhindern, daß die Mieter ums Johnath steigen. Geeignete Werbemaßnahmen und eine große Werberversammlung sei bereits vorbereitet. Kaufmann Lechner erstattete den Kassenbericht. Anschließend wurde der Vorstand ergänzt und besteht dieser nun aus folgenden Personen: Redakteur Buchholz, Hermann Schulz, Kaufmann Lechner, Schlosser Neumann, Frau Schulte, Ingenieur Jansson, Eugen Koch, Walter Ohm, Schneidermeister U. Et. Moldenhauer, Architekt Dr. Frau Rogozki. In den Beirat wurden gewählt: Oberst Staps, Grünhagen, Frau Richter, Dr. Walz, Professor Stremme, Frau von Borckleisch, Professor Alpelt, Ender, Landesschreiber Abbel, Frau Lange, Landesschreiber Moldenhauer, Kaufmann Kleineberg, Frau Karowoll, Schlosser Ritz, Johanna Hagen, Wilhelm Reim, Architekt Mier, Grenkowitz. Rechnungsprüfer sind Oberstschreiber Herboldt, Rentier Schulte und Kleineberg. Aufträge und Entschließungen wurden dem Vorstand übertragen.

Sport und Körperpflege.

Um die baltische Fußballmeisterschaft.

Alljährlich im Februar, liegen die Fußballspiele um die Meisterschaft des Baltischen Ralen- und Wintersport-Verbandes ein. Durch eine Reihe von Auscheidungen kämpfen werden in den Bezirken und Kreisen die Meister ermittelt und nur drei Vereine des ganzen Verbandsgebietes kämpfen im Endspiel um den Endtag.

Mit besonderer Spannung werden von der mehr als 20000 Mitglieder zählenden ostdeutschen Fußballdgemeinde diese Spiele erwartet. In den kommenden Wochen wird es sich entscheiden, in welche der drei großen Sportzentren des Orients, Königsberg, Danzig oder Stettin der angesehene Titel „Baltischer Fußballmeister 1920-21“ fallen wird. Den Auftakt hierfür bildet das Treffen am Sonntag, den 27. Februar, nachmittags 2 Uhr auf dem Heinrich-Heiders-Platz zwischen dem Meister des Kreises Ostpreußen, Verein für Bewegungsspiele Königsberg und dem Freistaatmeister, Turn- und Fechtverein Preußen Danzig. Es ist ein hochinteressantes Spiel zu erwarten, da der Sieger bei der Gleichwertigkeit der Mannschaften nur schwer zu bestimmen ist. Da für den Sonntag nachmittag innerhalb des Turn- und Ralen-Sport-Verbandes Danzig Spielverbot erlassen ist, dürfte die Danziger Fußballdgemeinde auf dem Heinrich-Heiders-Platz zahlreich versammelt sein, um dem spannenden Kampf beizuwohnen.

Druckfächer

für den behördlichen, Geschäfts- und privaten Bedarf fertigt prompt und preiswert

Buchdruckerei Volkswacht

Am Spandhaus 6.

Hausierer und Kleinhändler

fast stets preiswert
Textilwaren
Schürzen, Wäsche
Trikotagen
Strumpfwaren
usw. usw. usw. bei
Czarinsky, Lange & Co.,
Jopengasse 66, 1. Et.
Engros 1319 Export.

Was auch der Angeredete zu entgegnen gedachte, eine Entschuldigung oder Großheit, für den Augenblick mußte der die eine wie die andere für sich behalten. Er lehnte an der Mauer und sang noch Lust und in sein Gehüste sang das helle, fröhliche Lachen von drüben.

Eine brave, behäbige Frau saß mit einem fröhlichen Rücken und Topf, die sie eben zur Hand genommen, auf den Herd gerückt und trat unter die Tür.

„Was gibt's dann da wieder für Dummheiten?“ sagte sie. „Mücke, du wärst wohl jetzt alt genug, um geschieden zu sein.“

„Es ist ja aber weiter nix, Mücke als a Bissel a Ges.“ sagte der Kiechel.

Die müterliche Mahnung an sein Alter schien allerdings wohl angebracht. Wie er so da stand, barhäuptig und barfüßig, in Hemdarmeln, verlegen an dem einen einzigen Hosenträger zerrand, erschien er so engelstig, so voll in der Entwicklung zurückgeblieben, kaum so groß wie das Dirndlchen vor der Hütte nebenan; er mag es wohl ein um das andere Mal vergessen, daß er vor drei Jahren mehr jährlie, wie denn auch die Leute, denen davon gesagt wird, sich's gewöhnlich wiederholen lassen und dazu noch den Kopf schütteln.

Für Personen, die schon etliche Male die Gelegenheit wahrnahmen, wohlgebrachte Mahnungen zu äußern, hatte es sicher nichts Überraschendes, daß Mücke, sobald ihm die Mutter den Rücken lehnte, zum Vorgärtel hinaushuschte.

Er näherte sich dem Kiechel.

„Gut'n Abend, Helen!“

„Gut'n Abend, Mücke. Rück zuher.“ Sie machte ihm auf dem Rücken Platz. „Was hast denn vorhin so gelacht, wie alt g'scheidet?“

„Lieber dein Vogelhauben. Geh tu's weg.“ Er löste ihr das Käppchen.

Das Dirndl griff nach dem Käppchen, das ihr in den Haken saß und legte es vor sich in den Schopf. „Was tritt dich denn das, dummes Ding?“

„Freilich tritt's mich, weil ich dein Sicht gern sah!“

„Na, so gaff.“ Sie drehte den Kopf über die eine Schulter nach ihm und sah ihm ganz nah, ohne zu lachen, in die Augen. „Hast leicht noch ein solch's g'sch'hn?“

Er schüttelte den Kopf.

(Fortsetzung folgt.)

Gärtnerlehrlinge werden gesucht.

(Werte mit Motschläge für Arbeitselemente.)

Die Gärtnerunternehmer und Gartengärtner entfallen gegenwärtig eine zärtige Propaganda zur Verlangung von Lehrlingen. Michelholz findet man zeitig, durch die eine kleine Gärtnerei, die nur einen oder überhaupt keinen Gehilfen verfügt, gleich zwei Lehrlinge auf einmal hält, von dem alle, da die Dernzeit drei Jahre beträgt, annehmen ist, daß er insgesamt sechs Lehrlinge hält. Nach der preußischen amtlichen Gärtnerstatistik vom 2. Mai 1908 lernten in Preußen jedes Jahr rund 1000 Gärtnerlehrlinge aus, 10 Jahren also 10000, während zum gleichen Zeitpunkt nur 19452 ältere Gärtnerlehrlinge (Vierteljahr und Geblüten) vorhanden waren; mittleren hatten bis zum 30. Lebensjahr bereits rund 15000, also wolle jeder Anstalt den Beruf wieder verlassen. Seitdem haben sich die Beziehungen noch mehr verschärft, denn nach der Statistik des Verbandes der Gärtner und Gartenarbeiter waren in 1928 erfasste Lehrbetriebe neben 4238 Gärtneren 5570 Lehrkräfte vorhanden, so daß auf 100 Gehilfen 111 Lehrkräfte entfallen, während nach der amtlichen Lehrkräftezählung von 8.8 vom Zensus nur 45 Gärtner ausstehen. Die Folge ist unheilvolle Massenlehrlingszärtlichkeit offenbarlich in den ganz allgemeinen sehr gedrängten Wirtschafts- und Kaufmachtstädten, über die hier nichts weiter gelegt zu werden braucht. Zu bedenken ist freilich, daß der Gärtnerberuf auch eine durchaus sehr spezielle Gesundheit verlangt, die den fortgelebten Erfahrungen standhalten kann. Nach einer mit den Erfahrungen der Krankenfälle für deutsche Gärtner aufgestellten Statistik sind im Durchschnitt der 20 Lehrjahre von 1890 bis 1908 verstorben an Lungenerkrankungen (mit Lungenerkrankungen) 26,62 Prozent, an Tuberkulose 26,62 Prozent, also an Lungenerkrankungen rund 50 Prozent. Kleider- und Kleidungsleid mit 21,4 Prozent gehörten tatsächlich auch noch hierzu. Verstorbenen mit 8,23 Prozent entstehen aufgrund durch die Tätigkeit in den Gewächshäusern und hochgepflanzter feuchtwärmter Luft. Auch in gewöhnlichen Haushalt stellt der Beruf hohe Anforderungen: Kosten, angewandte Naturstoffe und die vielen Spezialkulturen verlangen ein recht bemerkliches Gehirn und Gedächtnis. Betriebe mit mehr als 5 Lehrkräften sind Lehrlingszärtler, in denen die Ausbildung durch nichts geführter erscheint. Der Lehrvertrag ist schriftlich abzufassen, weil ihm bei dem im Gärtnerberuf sonst herrschenden Rechtsmissverstand andernfalls die feste Unterlage abgeht. Im Bertrage ist dem Lehrer unter anderem das Recht auf Fortbildungsfürsorge auszubedingen, weil die meisten Lehrerinnen sich sonst dabei zu drücken pflegen. Lehrgeld wird gewöhnlich nicht abgezahlt, es ist vielmehr herzlichlich, daß der Lehrer bei dreijähriger Lehrzeit freie Raff und Logis über Gelegkeit sollte vom Lehrer erhalten. Ein besonderes Lehrgeld erfordert auch die höheren Kästenzuschüsse nicht, weil das Selbständigen infolge der hohen Landpreise unmöglich ist und die Herrschaftsgärtner infolge der hohen Besitzkosten abmerkt geht. Auskünfte und Motschläge reichen gern die offiziellen Verwaltungen bei Verbandes der Gärtner und Gartenarbeiter sowie deren Hauptverwaltung Berlin S. 42. Rüsenauer 1.

Die Danzig-polnischen Konventionsverhandlungen über Wirtschafts- und Verkehrsfragen, die am gestrigen Donnerstag in Warschau beginnen sollen, sind um eine Woche verschieben worden, da Senator Dewolowski vor einigen Tagen an Grippe erkrankt ist. Die Verhandlungen werden am Donnerstag, den 3. März wieder beginnen, da bis dahin mit der välligen Wiederherstellung Senator Dewolowski gerechnet wird. Die Danziger Teilnehmer an den Verhandlungen werden vorwiegendlich am kommenden Mittwoch nach Warschau fahren. — Die Beratungen über das Zusammensein, die bekanntlich am vergangenen Montag begonnen, werden am nächsten Montag fortgesetzt werden. Die Beratungen der Kommissionen für Staatsangelegenheiten und Berechnungen beginnen ebenfalls wieder am nächsten Montag. Von Danziger Seite haben diese Kommissionen folgende Vorsitzende: Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten und die für Staatsangelegenheiten Senatspräsident Sahn; die Kommission für Auswärtige Angelegenheiten und Berechnungen Vizepräsident Dr. Siebmacher, die Kommission für Justizwesen Senator Dr. Frank.

Uiba. Wirtschaftsaufgabe. Von Freitag, den 28. bis Montag, den 31. d. Mts., findet im Redenbürtelamt die Subsidiarität der neuen Wirtschaften für Monat März d. J. wie folgt statt: Freitag, den 28. Februar, für sämtliche Haushaltungen, in denen sich Kinder bis zu 2 Jahren befinden; Sonnabend, den 29. Februar, für Haushaltungen mit Kindern bis zu 4 Jahren; Montag, den 31. Februar, für Haushaltungen mit Kindern bis zu 6 Jahren; Kinderärztliche Bezieher in eben angeführten Haushaltungen erhalten die Kosten an demselben Tage. Ältere Kinderärztliche Bezieher werden

„Stimmungsbetrieb“.

Es ist schon lange tot, der gute Danzig Gärtner, der sich „der König der Scherbe“ nannte und den deutschen Schriftsteller so zu 1900 zum erhabten Selbstkunst ernannte. Sein toter Smeier leuchtet auf jedem kleinen Brett — Tintenglas — „Dienst“ gab es damals noch nicht —, und wenn er wollenden Auges kein „Stimmung meine Herrschaften Stimmung“ in den Saal schmetterte, lächelten sich die guten Leute verächtlich. Stimmung zu transpirieren.

Auch an einen eleganten Rigger muß ich denken. Der vor Jahren über die Bühne zog, sich hinstellte und die Aufgabe hatte, zu lachen, bis er sich den erzählten Sachen nicht in lachen, bis ihm der Schweiß über die Gaden lief zu lassen, bis das Publikum den Sauer der Sachen brüllte und gleichfalls lachte. Der Mann tat mir entzückig leid; es ist kein leichter Beruf, jeden Abend für einen Theater zu lachen, bis die schwere Seele in Schweiß und Krampf kommt. An diesen schmerzhaften Rigger muß ich mindesten denken, wenn ich ein Vergnügungsbolz betrete.

Man stellt sich aber vor, das Publikum verachte keine Riene, und der Rigger aber (für einen Dollar) sein Dutzend in Astree verließ! Ich glaube ihm verginge das Lachen. Ich kann mir auch vorstellen, daß der Rigger vor Gott einen Stuhl post und ihn in das Publikum schreitet: „Wollt ihr wohl lachen, ihr verfl... Fest!“ Und dann gelacht wird.

Es gibt keinen fehlenden Beruf als die Betriebsverwaltung, die die leidende Lustigkeit, die es auf das Zweckziel der abendlichen Kästenzuschüsse abgebrückt hat. Das Zweckziel — welch ein fiktiver und dummes Ziel! — das doch Wahrer Opfer werden kann, erdrückt! Es ist ein Tyrann, für den sich die Betriebsverwaltung allabendlich abrufen müssen, damit es einige Relleren von sich geben. Da läuft sie, breit und behäbig, in ihren Vergnügungsbolz und wartet darauf, in Stimmung zu kommen, etwa so, wie Leute, die das Kinotheater für ein Amphitheater bezahlen, begeistigt ankommen, zu feiern.

Den wie folgt beliebt: Freitag, den 28. d. Mts., Kästenzuschüsse 100—1100, Sonnabend, den 29. d. Mts., Kästenzuschüsse 1101—2100, Montag, den 31. d. Mts., Kästenzuschüsse 2101—3000. Die Kugeln der Ratten erfolgen an den genannten Tagen in der Zeit von 17. Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags; am Sonnabend, den 29. d. Mts., jedoch nur bis 17.30 Uhr nachmittags. — Gewöhnliche Befreiungsschaltung des Arzneimittelpfuses vom 16. Februar 1921 ist der Kleinhundelpfus für 100 Gramm Roggen- und Weizenkrot auf 1,20 Mark festgelegt worden. Da die Brote hier handelsüblich zu 1000 Gramm verbraucht werden, kostet ein Brotgäng- oder Brotkrot im Gewicht von 1000 Gramm vom 21. Februar ab 4,80 Mark. Befreiungsschaltung dieses Arzneimittelpfuses ist strafbar. — Die Ausgabe der Mautentlastungen erfolgt am Dienstag, den 1. März 1921 in der Kunsthalle, Johannisstraße 28, in der Zeit von 8—10 Uhr. Die Mautentlastungen sind zwecks Beglaubigung vorher auf dem Polizeibureau, am Schloßgarten, Zimmer 8, während der Dienststunden von 9—1 Uhr abzugeben.

Aus den Gerichtsälden.

Die eigenartige Tätigkeit eines Reichsgerichts. Der heilige Geheimdienstler Berndt gegenüber in Danzig war früher Polizeiamtler beim Reichsverwaltungsbüro in Berlin, und als solcher soll er sich Verleihungen haben zu Schulden kommen lassen. Es handelt sich bei der Strafammer, die ihn freisprach. Es wurde nach Taten gefügt, um auch hier darauf zu achten, daß Haftstrafe nicht verschoben wird. Ein gewisser Monowetz hatte dort ein Sager und der Angeklagte nahm an, daß es nur Polen vorhaben werden soll. Um nun an das Sager herangeführen, stellte sich der Angeklagte vor und verlor ihm Gewalt. Für ihn das Sager frei zu machen, wenn leistete ihm 1000 Mark gebe. Die Summe wurde dann auf 1000 Mark heruntergehandelt und 200 Mark wurde angezahlt. Monowetz war als Zeuge nicht erschienen. Die Anklage nahm an, daß der Angeklagte eine Beamtentlastung gefordert und angenommen habe. Die Verhandlung ergab jedoch, daß hier nur eine Scheinbefreiung vorlag, sowohl der Angeklagte in Betracht kommt, der seiner vorgelegten Behörde davon Mitteilung gemacht hatte. Weiters lehnt sich der Angeklagte in Danzig von der Behörde 1850 Mark Verlust und Vorschuß zahlen. Das Geld wurde dann in Sappot in der Spielhalle verschwunden. Die Anklage nahm an, er habe zu diesem Spiel amliche Gelder vermandt. Die Anklage keines Vorgesetzten ergab aber, daß der Angeklagte befugt war, sich unterwegs von den Schöpfer Spielhalle geben zu lassen. Darauf war er einige Zeit Gast in der Sappoter Spielhalle und machte hier erhebliche Spielhalden. Er stellte sich dort als Dr. Wolf vor und galt als deutlicher Reichsbeamter. Bei einigen Sappoter Spielern mochte er nun mehrere Tausend Mark Spielhalden. Hier nahm die Anklage an, daß er die Summen nur erhalten habe, weil er sich als Reichsbeamter einstufte. Nach der Anklage des Vorgesetzten, durfte der Angeklagte sich als Dr. Wolf einstufen und hatte auch einen Pass auf diesen Namen. Das war sein Deckname. Er hatte auch ein Schreibbuch bei sich, damit er zum Schrein Schieden gegenüber Schreib aufstellen konnte. Der Angeklagte bestreitet, daß er sich als Reichsbeamter bezeichnete habe. Dem Sappoter Polizeiamtler hat er den wahren Sachverhalt mitgeteilt. Ihm gegenüber bestätigte er sich auch, daß solch gespielt werde, doch war dies nicht nachweisbar. Der Angeklagte der sich gut und willsam vertrug, hat für 52 Mill. M. Schlebungen aufgedreht! Er war im Kriege, wurde am 1. 1. 18 entlassen und vom Schauspielkunst übernommen. Am Dezember 1910 wurde er verhaftet. Das Gericht sprach den Angeklagten, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, frei, da seine Straftat erwidert sei. Der frühere Polizeiamtler wurde aufgehoben und die Sicherheitskumme von 10 000 Mark freigegeben. Die Zeugen Dasse und Hertl aus Sappot wurde in 500 Mark Geldstrafe genommen, da sie als Zeugen nicht erschienen waren.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Bäder und Konditorei

hatte am Ende des vorherigen Jahres 85 017 Mitglieder (1919: 20 172), davon 24 908 weibliche (1914). Eingetreten sind 30 826 Mitglieder. Die Zunahme von 4905 Mitgliedern ist ausschließlich der Wiederbelebung der Trig- und Schafabendwarenindustrie zu zuschreiben. Von den Mitgliedern wurden 2 965 410 Wochenbeiträge geleistet, von einzelnen im Durchschnitt also 47,9. Die Einnahmen betrugen mit Einschluß eines Bestandes von 1 171 833,45 Mark: 6 662 100,55 Mark; die Zuwendungen 4 807 228,08 Mark, davon Unterstützungen 697 305 Mark, für Streitig an Berufangestellte 245 688,80 Mark, an andere Verbraude 64 907,58 Mark. Verwaltungskosten der Hauptverwaltung 920 928,90 Mark. Verwaltungskosten in den Bahlstellen 2 117 934,73 Mark. Deutsches und Schreibmaterial in der Hauptverwaltung 216 928,20 Mark, sonstige Ausgaben in der Hauptverwaltung 53 571,54 Mark, für die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ 59 984,74 Mark, für die Fachblätter 436 019,43 Mark. Der Ressortbestand betrug bei der Hauptverwaltung 1 273 113 Mark in den Bahlstellen 882 810,33 Mark.

Es gibt verschiedene Bäder; z. B. die anprallenden Bäder um jeden Preis und auch die es richtig angefangen hat; sie sind die Rende der Stimmungsbäder und Publikumskästen. Auch die Bäder an der folgenden Seite bringen Leben in die Bude. Es soll auch, entsprechend der Glorie im Theater, Berufsbäder geben, die sich durch sonne und überzeugende Zwischenleistungen auszeichnen. Ein schwieriger Fall sind die eigenständigen und souveränen Leute, die überhaupt nicht zum Kochen zu bringen sind. Jägliche Rektor auch, der Stroh sei Lachenskunst. Wahrscheinlich haben sie ja ihre eigene Vorstellung von Humor und denken, es müßten schon ganze Kerle sein, die nur in solcher Zeit zum Kochen bringen. Den meisten Leuten aber geht es gerade umgekehrt: sie kochen beim unmisslichen Anlaß und wo sie nur irgend können. Die elende Zeit ist der beste Reisekoffer des schlechten Humors.

immer wenn ich einen erhabenden Humor haben im Stande habe, der das Zwischenfeld seines Publikums bearbeitet, wußt ich des Lebens allen Augen zu geben. Wie ganz anders macht der seine Sachen Richtig bringt ihn aus seiner Ruhe. Das Publikum existiert für ihn nicht. Wenn die Leute lachen, ist er erstaunt; wenn sie nicht lachen, ist es ihm auch recht. Er ist in seiner Richtigkeit des Publikums geradezu vorbildlich für die verwandten Genies und ein Künstlerat in seinem Raum; er folgt seinem inneren Gesetz, wenn er holpert, holt auf zuhören will und dabei in die leere Lust greift. Selbstgespräch, lust und Chorgesang elanfest. Sein Humor ist Philosophie, seine Philosophie Humor.

„Stimmungsbetrieb“ — ich las das Wort in einer Anzeige eines Vergnügungsklokates — ist Barberist des Humors; die Egzesse des Leidbürklichen, vom Alkohol gestalteten Zwischenfelds stelle ich mir da eine Orgie von Leuten auszuführen, die Egzesse wie Orgie anstreben und auch so aussehen: also Stimmung.

Ganz Natur in der „Frank. Ztg.“

Die deutschen Kinos. Nach den zweiten Zählungen befinden sich im Deutschen Reich jetzt 31.000 Kinos, die sich auf 2104 Orte

Aus aller Welt.

Der „Prophet“ der „Neuen Schar“.

Im vergangenen Herbst durchzog, von dem bayerischen Städchen Kronach kommend, die „Neue Schar“ Thüringen und fand überall begeisterten Zuspruch. Unter der Führung von Max Lamberty stehend, führte die „Schar“ überall alte Holzstämme auf, fand so den Beifall aller Kreise, denen an einer Habung der Jugendbewegung gelegen war und die so der Verrohung und Verwilderung unserer Jugend entgegenwirkten wollten. Je weiter Max mit seinen Sängern und Jüngern kam, desto größer wurde die Wirkung seiner Vorbildes in angeblicher Einheitsamkeit, Einfachheit und Sittenreinheit. In Jena verüllten ihn zunächst die Studenten, dann lehnten ihn die Arbeiter ab, weil sie hinter seiner Bewegung eine reaktionäre Sache vermuteten, schließlich ließen beide Gegner ihn gewähren. Letztlich erging es der „Neuen Schar“ auch an allen anderen Orten. In Erfurt war eine Rache nicht groß genug, um alle Hörer seiner Predigt fallen zu können, in Gotha kam ihm natürlich die Schule sehr entgegen. Die Augustinerkirche, auf deren alter Kanzel einst Martin Luther gepredigt, vermochte kaum die gewaltige Schar von Hörern zu fassen, die Maxs Aufruf zum Mämmingerufen hatte und zu der er über die Sünden und Gebrechen unserer Zeit witterte.

Die Bewegung glich in ihren Grundzügen den Kinderfreizeugen des Mittelalters und versprach, abgesehen von verschiedenen Liebesspanntheiten, manches Gute. Seine ständigen Anhänger, junge Leute beiderlei Geschlechts, schworen auf ihren Führer, ließen monatelang nicht von ihm und zogen mit ihm von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf. Ihren Unterhalt bestritt die „Neue Schar“ aus dem Verkauf selbstangefertigter Waren, Sandalen, Drechslerwaren usw., natürlich erhielten sie auch viele Geschenke. Um nächsten Frühling wollte man nach Norddeutschland weiterziehen, für den Winter aber gab die Regierung von Altenburg der „Neuen Schar“ ein Freiwohnquartier auf der Leuchtenburg bei Kahla. Hier dort kommt mir die seltsame Kunde, daß Lamberty sehr schnell ausgespielt haben dürfte. Es stellt sich nämlich heraus, daß er seinen großen Einfluß auf seine Sängerinnen in der größtenteils Weise missbraucht hat; es hat sich auf der Leuchtenburg allem Anschein nach eine förmliche Haremswirtschaft etabliert, die zunächst zur Folge hatte, daß vor ehriger Zeit der erste kleine Max geboren wurde. Wie viele noch folgen werden, das wird übers Jahr das Kahlaer Geburtsregister auszuweisen haben! Die Regierung von Altenburg hat endlich auch die notwendigen Folgerungen aus diesem Treiben gezogen und die „Neue Schar“ von der Leuchtenburg verwiesen.

Schäferei auch in Schweden. Die Schäferei hat in Schweden vom 16. bis 31. Januar bei 320 Krankheitsfällen, gegen 220 in der ersten Hälfte des Januar, 80 Todesopfer gefordert. Die Genesung verzögert sich vielfach monatelang und hinterläßt bisweilen als Folge eine gewisse psychische Invalidität. Auch in Deutschland tritt die Krankheit, wenn auch nur ganz schwach, auf. In Heidelberg sind eine 19-jährige Nähern aus Neuenheim, die seit 10 Tagen im Schaf liegt, und eine 40-jährige Frau davon befallen.

Die größte Maisernte der Vereinigten Staaten brachte das Jahr 1920. Sie ergab nach der „Ind. u. Handelszeitg.“ den Rekordbertrag von 3 232 367 000 Bushels gegenüber dem bisherigen Rekordjahr 1912 mit 3 124 748 000 Bushels. Dabei ist zu beachten, daß die sechzehnjährige Gesamtanbaufläche mit 104 601 000 Acres um 1 400 000 Acres kleiner war als die des letzten Rekordjahrs 1912. Der sechzehnjährige Riesenertrag ist darauf zurückzuführen, daß im Durchschnittsertrag je Acre eine Höchstleistung von 30,9 Bushels erzielt wurde. (Ein Bushel = 56 Pfund.)

Neue Seeleichter aus Eisenbeton. Für die Portland-Zementfabrik ist in Melchingen a. d. Oder ein aus Eisenbeton erbauter Seeleichter fertiggestellt worden, der 800 Tons Ladefähigkeit hat, 81 Meter lang, 8,25 Meter breit und einen Tiefgang von 2,10 Metern hat. Er hat vier Laderräume von je 7,80 Meter Ladefläche. Einzelne Teile des Schiffes wurden in der Werkstatt fertiggestellt, wie Spannen, Bodenwangen, die Außenhaut, Decksbalken, Schotten und Lukensbalken, und dann zusammengelegt. Nur beim Zusammenbau des Vor- und Hinterschiffes wurden Schalungen angewendet.

Verteilen. Damit haben fast alle gräberen Ortschaften in Deutschland ihr Filmtheater. Von Orten mit weniger als 10 000 Einwohnern sind innerhalb 1216 mit einem Kino versehen. Andererseits gibt es aber auch zahlreiche kleinere Ortschaften, die zwei bis drei Theatervorstellungen gut erträgt. Interessant ist doch wiederum 80 Orte mit über 10 000 Einwohnern auch heute noch kein Kino besitzen. Dreißig unternehmende Dienststellen haben also noch günstige Gelegenheit, die „Kinotheke“, wie man die Filmindustrie in gewissen Kreisen zu nennen beliebt, im Deutschen Reich weiter zu verbreiten.

Der „Knigge“ von 1921. Ein Ratgeber für den Umgang mit Menschen, der die neuerdings sich im Verlehr so unangenehm vermerkbar machenden Formen berücksichtigt, wird in einem englischen Blatt veröffentlicht. Würde aber mindestens ebenso gut in einem deutschen stehen. Wir entnehmen diesem „negativen Knigge“ einige Angaben. Wenn du bei einem Gebrüder heftig gegen einen andern lädst, so darfst du dich unter keinen Umständen entschuldigen. — Kommt du in einen Laden, der ganz voll ist, so fordere mit Etterstimmung sofortige Bedienung. — Riekel dir im Juge oder in der Straßenbahn ein anderer seinen Sitz an, so lasse dich augenblicklich nieder, aber sage ja nicht danke. — Wenn du, der dich entschuldigt, antwortest nicht, sondern zeige ihm deine unverhohlene Verachtung für sein altmodisches Betragen. — Bei Regenwetter gehe möglichst nahe an den Häusern unter dem Schutz der Dächer und trockne alle anderen, mögen es auch alte Leute oder Frauen sein, rücksichtlos fort. — Wenn du eine Treppe emporsteigst, so halte deinen Regenschirm so, daß er unbedingt den hinter dir Gehenden die Augen ausschlägen muß. — Will jemand sich gegen diese Art deines Betragens ausspielen, so überhäufe ihn mit einer Flut von Schimpfwörtern und spiele dich sofort auf den Beleidigten heraus. — Willst du in deinem Vertragen auf der Höhe der Zeit stehen, so weise alles von dir, was an die früheren Formen der Höflichkeit erinnern könnte, und sei höflich auf deine ganz modernen Umgangsformen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Ausgabe von Lebensmitteln.

Im Laufe der nächsten Woche gelangen zur Ausgabe:

Auf die Lebensmittelkarte:

250 Gramm Bäserstück zum Preise von Mk. 2,80 für das Pfund, oder 250 Gramm Bierstange oder Gruppen zum Preise von Mk. 1,70 für das Pfund. Marken 8 und 8 A der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder sowie Marken 48 und 48 A der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.

Die Restbestände an Kunsthonig sind zum Preise von Mk. 6,40 für das Pfund markenfrei zu verkaufen.

Bienenhonig kann zum Preise von Mk. 12,50 für das Pfund markenfrei verkauft werden.

Die Einreihung der vereinbarten Marken erfolgt in der üblichen Weise.

Danzig, den 24. Februar 1921. (3697)

Der Magistrat.

Ausgabe von Brot- und Mehdkarten.

Die Brot- und Mehdkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 24 bei den Bäckern, Brot- und Mehldhändlern ausgegeben.

Die Brot- und Mehdkarten sind von jetzt ab mit einem Stammabschnitt versehen. Auf dem Stamm soll von den Brotkarteninhabern der Name und die Nummer seiner Nahrungs-kartenkarte vermerkt werden.

Brot und Mehl darf nur gegen Vorlegung der Brot- oder Mehdkarte mit Stamm verabfolgt werden. Einzelne Abschnitte der Brot- und Mehdkarte dürfen von den Bäckern und Händlern nicht mehr beliefern werden. Sie werden auf Einhaltung dieser Vorschrift kontrolliert werden.

Zurückerhandlungen gegen Abschnitt 3 dieser Bekanntmachung werden mit Gefängnis bis zu 8 Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Der Stamm der Brotkarte ist von denjenigen Bäckern oder Händlern in Empfang zu nehmen, die die letzten Abschnitte der Karte mit Brot oder Mehl beliefern. Diese Bäcker oder Händler haben die einzelnen Stämme der Brot- und Mehdkarten zu sammeln und gebündelt zu je 100 Stück zusammen mit der Brotkarten-abrechnung in der sonst üblichen Weise der Nahrungs-kartenstelle, "Biebenholzner," einzureichen.

Danzig, den 24. Februar 1921.

Der Magistrat. (3694)

Zuckerbestandaufnahme.

Auf Grund der Verordnung über die Errichtung des Wirtschaftsamtes für das Gebiet der freien Stadt Danzig vom 21. 1. 1920 wird folgendes angeordnet:

- Am 28. Februar 1921 haben sämtliche zum Zuckerkleinhandel zugelassene Händler des Freistaates ihre bei Geschäftsjahrgang vorliegenden Zuckerbestände festzustellen.
- Für die Bestandaufnahme werden besondere Vordecks ausgegeben. Zuckerdhändler, die nicht rechtzeitig in den Besitz eines Vordecks gelangt sind, haben die Verpflichtung, diesen von ihrem Magistrat bzw. Landratsamt abzuholen.
- Die ausgefüllten Vordecks sind von den Zuckerdhändlern spätestens bis zum 5. März 1921 dem zuständigen Kommunalverband zurückzuführen.
- Unrichtige Angaben, Unterlassung der Ausfüllung oder verspätete Rücksendung der Vordecks werden bestraft. Die in den Geschäftsräumen verheimlichten oder unrichtig angegebenen Zuckermengen können zu Gunsten des Wirtschaftsamtes eingezogen werden.

Danzig, den 24. Februar 1921. (3693)

Das Wirtschaftamt

für das Gebiet der freien Stadt Danzig.

Neuer Zuckerpreis.

Mit Genehmigung des Senats wird der Preis für den Mundzucker (1¹/₂ Pfund je Kilo und Monat) vom 1. 3. 21 ab auf Mk. 2,45 je Pfund festgesetzt. Bei Lieferung der Dose durch den Kleinhandler darf dieser für das Pfund 5 Pf. mehr berechnen.

Der 4. Abschnitt der Zuckerkarte darf außerdem nicht mit billigem Zucker beliefern werden, sondern nur zum Preise von Mk. 2,75 für das halbe Pfund durch die bekanntgegebenen Geschäfte. Zuüberhandelnde haften für den Preisunterschied und machen sich strafbar.

Danzig, den 24. Februar 1921. (3692)

Das Wirtschaftamt

für das Gebiet der freien Stadt Danzig.

Strandpromenade Brösen—Glettkau. Die Ausführung der Erd- und Pflanzerbeiten zur Befestigung des Dünengeländes zwischen Brösen und Glettkau einschl. Herstellung einer Strandpromenade vergeben wir in öffentlicher Ausschreibung.

Die Verbindungsunterlagen liegen bei uns zur Einsicht aus, können auch gegen Erstattung von 7,50 Mk. von der Tiefbauverwaltung (Zimmer 41) bezogen werden.

Schriftliche Angebote mit der Aufschrift "Strandpromenade Brösen" sind bis zum 7. März, vormittags 10 Uhr, bei der Tiefbauverwaltung, Pfleßstraße 33/35, Zimmer 22 einzureichen.

Danzig, den 23. Februar 1921.

Der Magistrat.

Tiefbauverwaltung. (3696)

Das Werben von rd. 25000 Bünden Dünengras

im Dünengelände Weichselmünde-Neusiedl vergeben wir in öffentl. Ausschreibung. Die Verbindungsunterlagen liegen bei uns zur Einsicht aus, können auch gegen Erstattung von 2,50 Mk. von der Tiefbauverwaltung (Zimmer 41) bezogen werden.

Schriftliche Angebote mit der Aufschrift "Werben von Dünengras" sind bis zum 8. März vormittags 10 Uhr bei der Tiefbauverwaltung, Pfleßstraße 33/35, Zimmer 22 einzureichen.

Danzig, den 23. Februar 1921. (3697)

Der Magistrat (Tiefbauverwaltung).

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Freitag, den 22. Februar 1921, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 1. Zum 2. Mai.

Die Erlösung der Ethel

Eine romantische Tragödie aus anderen Zeiten in 6 Bildern von Walter von Molo. In Szene gesetzt von Oberspielleiter Hermann Mier.

Inspektion: Emil Werner.

Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr. Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 1. Die Bühne.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092. Tel. 4092.

Besitzer u. Direktor Paul Hansmann. Künstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt. Heute Freitag, den 26. Februar

Anfang 7 Uhr Anfang

Zum 1. Mai.

"Der ersten Liebe goldene Zeit"

Operette in 3 Akten.

Musik von Jean Gilbert.

Morgen Sonnabend, den 26. Februar

Der ersten Liebe goldene Zeit.

Vorverkauf donnerstg. v. 10—4 Uhr nur im Deuma-Haus Langgasse 69, 70 statt.

Sonnabends 9—2 Uhr a. d. Theatertasse

Nach Schluß der Vorstellung:

Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen:

Klein-Kunst-Bühne "Libelle"

Stadttheater Zoppot

Wer sich wirklich einmal ordentlich auslaufen will, der fahrt nach Zoppot in die

"Scheidungsreise"

Operettenposse in 3 Akten von Leo Walter Stein

Musik von Hugo Hirsch.

Aufführungen am Sonntag, den 27. Februar, abends 7 Uhr (außer Abonnement) und Dienstag, den 29. Februar, abends 7 Uhr (Abonnement B.) (3700)

Gedania-Theater

Schlossdamm 53/55 (3664)

Ab heute! Nur bis einschl. Montag!

Der sehnswerte Spielplan!

"Die Banditen von Asnières"

Nach dem Roman: "Die Zwei und die Dame"

Ein Detektiv-Groß-Film in 6 Akten. In den

Hauptr.: Max Leder, Milda Werner, Reinhard Schmelz

Dazu der große Wild-West-Aventur-Film:

Texas Jacks Todesritt

in 4 neuen Akten.

Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.